



**NIEDERSCHRIFT**  
(öffentlicher Teil)  
**17. Sitzung des Hauptausschusses**

Sitzungstermin:	Dienstag, 04.06.2019	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	18:08 Uhr	
Sitzungsort:	Roter Saal, Rathaus, 23539 Lübeck	
<b>Anwesende Mitglieder</b>		
<b>Vorsitz</b>		
Peter Petereit- SPD		
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer- SPD		
Birte Duggen- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Thorsten Fürter- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Anka Grädner- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Herrn André Kleyer
Dagmar Hildebrand- CDU		
Ulrich Krause- CDU		
Thomas Misch- FREIE WÄHLER & GAL		
Oliver Prieur- CDU		
Thomas Rathcke- FDP		
Peter Reinhardt- SPD		
Heiko Steffen- AfD		Vertretung für: Herrn David Jenniches
Detlev Stolzenberg- Die Unabhängigen		
Katjana Zunft- Die Linke		
<b>Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht</b>		
Lothar Möller- BfL		
<b>Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion</b>		
Thomas-Markus Leber- FDP		
Dr. Axel Flasbarth- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
<b>Verwaltung</b>		
Bürgermeister Jan Lindenau- FB 1 - Bürgermeister		
Senator Ludger Hinsen- FB3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung		anwesend ab 16:42 Uhr/TOP 3.4
Senatorin Joanna Hagen- FB 5 - Planen und Bauen		
Tim Klüssendorf- 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.		

Arnd Babendererde- 5.651 GMHL	anwesend öffentl. Teil bis TOP 9.2/17:18 Uhr
Jörg Blank- 1.203-Beteiligungscontrolling	anwesend nichtöffentl. Teil bis TOP 13.1/17:53 Uhr
Matthias Drever- 5.660 Stadtgrün und Verkehr	anwesend öffentl. Teil bis TOP 9.2/17:18 Uhr
Edgar Hamerich- Personalrat FB 1	anwesend öffentl. Teil bis TOP 9.2/17:18 Uhr
Ralf Kuschmierz- FBC FB 2	
Aiko Wagner- 4.040 Fachbereichscontrolling FB 4	anwesend öffentl. Teil bis TOP 9.2/17:18 Uhr
Tatjana Voskuhl- 1.300 Recht	
<b>Protokollführung</b>	
Nadine Markmann- Bürgermeisterkanzlei	
<b>Sonstige Personen</b>	
VertreterInnen der Presse-	
Zuhörerinnen und Zuhörer-	
<b>Beiratsmitglieder</b>	
Bruno Böhm- Seniorenbeirat	
<b>Entschuldigte Mitglieder</b>	
<b>Mitglieder aus der Bürgerschaft</b>	
David Jenniches- AfD	- entschuldigt -
André Kleyer- BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	- entschuldigt -
Bernhard Simon- CDU	- entschuldigt -
<b>Verwaltung</b>	
Senatorin Kathrin Weiher- FB 4 - Kultur und Bildung	- entschuldigt -
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales	- entschuldigt -

## Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

<b>1.</b>	<b>Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung</b>
<b>2.</b>	<b>Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.05.2019</b>
<b>3.</b>	<b>Anfragen / Antworten / Mitteilungen</b>
3.1.	Ausschreibungstext der Stelle der Leiterin / des Leiters des Bereiches Personal- und Organisationservice Vorlage: VO/2019/07643
3.2.	Antwort auf die Fragen von Herrn BM Rathcke betr. Planung von Feuerwehrgerätehäusern in Groß Steinrade und Kronsforde Vorlage: VO/2019/07511
3.3.	Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie Vorlage: VO/2019/07774
3.4.	Anfrage des Ausschussmitglieds Birte Duggen und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Arbeitnehmervertreter*innen in den Aufsichtsräten Vorlage: VO/2019/07775
3.5.	NEU: mündl. Anfrage des AM Zunft (Die LINKE) betr. die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)
3.6.	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. die Nutzung der dienstl. eMail-Adressen
3.7.	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. die Anschreiben an Vermietern von Ferienwohnungen
3.8.	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. die Besetzung der Unfallkommission
3.9.	NEU: mündl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen) betr. die Ausgaben für Radwege
3.10.	NEU: mündl. Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die ausgemusterte Sitzbänke aus Grünanlagen
<b>4.</b>	<b>Berichte</b>
4.1.	Aktueller Sachstand Umsetzung des PIH-Konzeptes auf der Nördlichen Wallhalbinsel Vorlage: VO/2019/07488

<b>5.</b>	<b>Beschlussvorlagen</b>
5.1.	Mobilitätskonzept Travemünde Vorlage: VO/2019/07291
5.2.	Erhaltungsstrategie Fahrbahnen und Radwege / Nebenflächen Vorlage: VO/2019/07656
<b>6.</b>	<b>Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft</b>
<b>7.</b>	<b>Anträge von Ausschussmitgliedern</b>
<b>8.</b>	<b>Gleichstellung</b>
<b>9.</b>	<b>Verschiedenes</b>
9.1.	NEU: Antwort auf Anfrage des AM Stolzenberg betr. das Gebäude Fabrikstraße 13
9.2.	NEU: mündl. Mitteilung Sen. Hagen betr. Bauprojekt Ausbau Kantstraße
<b>10.</b>	<b>Ende des öffentlichen Teils</b>
<b>16.</b>	<b>Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse</b>

Öffentlicher Teil:

<b>zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung</b>
---

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

**Öffentlicher Teil**

**NEU**

**TOP 3.3/VO 7774** Anfrage von AM Thorsten Fürter betr. Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie

**NEU**

**TOP 3.4/VO 7775** Anfrage von AM Birte Duggen betr. Arbeitnehmer-Vertreter\*Innen in den Aufsichtsräten

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass zu TOP 4.1 noch die Beratung in den Fachausschüssen ausstehe und beantragt daher die Vertagung des TOP 4.1.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen.

***Der Hauptausschuss ist einstimmig mit der Vertagung des TOP 4.1 einverstanden.***

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der TOP 5.1 im Bauausschuss vertagt wurde und beantragt daher die Vertagung des TOP.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag auf Vertagung abstimmen.

***Der Hauptausschuss ist einstimmig mit der Vertagung des TOP 5.1 einverstanden.***

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist:

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen.

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Behandlung des TOP 12.1 zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Behandlung***

des TOP 13.1 zu.

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig  
der nichtöffentlichen Behandlung  
des TOP 13.2 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig  
der nichtöffentlichen Behandlung  
des TOP 14.1 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig  
der nichtöffentlichen Behandlung  
des TOP 14.2 zu.**

**Der Hauptausschuss stimmt einstimmig  
der nichtöffentlichen Behandlung  
des TOP 14.3 zu.**

<b>zu 2      Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.05.2019</b>
---

Herr Stolzenberg legt folgende Anmerkung zu TOP 4.6 der Niederschrift zur Sitzung des Hauptausschusses am 21.05.2019 dar und bittet um entsprechende Ergänzung:

„Herr Stolzenberg fragt nach, ob die Aussage von Herrn Bürgermeister Lindenau korrekt sei, dass es für das Gelände der MAZ einen rechtswirksamen Bebauungsplan gäbe. Dies verneint Frau Senatorin Hagen, es gebe für dieses Gebiet keinen Bebauungsplan.“

Der Hauptausschuss erklärt sich mit der Ergänzung wie dargelegt einverstanden.

Weitere Anmerkungen zu der Niederschrift bestehen nicht.

**Der Hauptausschuss genehmigt die Niederschrift  
in geänderter Fassung.**

<b>zu 3      Anfragen / Antworten / Mitteilungen</b>
--

<b>zu 3.1      Ausschreibungstext der Stelle der Leiterin / des Leiters des Bereiches Personal- und Organisationservice Vorlage: VO/2019/07643</b>
--

Frau Duggen gibt zu bedenken, dass es die in dem Ausschreibungstext genannte Voraussetzung „Jura“ nicht gebe. Sie bittet um Korrektur der Bezeichnung in „rechtswissenschaftliches Studium“.

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine entsprechende Änderung des Ausschreibungstextes zu.

**Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.**

**zu 3.2 Antwort auf die Fragen von Herrn BM Rathcke betr. Planung von Feuerwehrgerätehäusern in Groß Steinrade und Kronsforde  
Vorlage: VO/2019/07511**

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke, in wie fern das Ziel, mit der Umsetzung der beiden Feuerwehrgerätehäuser noch im Jahr 2019 zu starten, gefährdet sei, teilte Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Umsetzung bereits mit den Planungen begonnen habe.

***Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.***

**zu 3.3 Anfrage des Ausschussmitglieds Thorsten Fürter und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beteiligung der Datenschutzbehörden an der Smart City Strategie  
Vorlage: VO/2019/07774**

Herr Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu.

***Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.***

**zu 3.4 Anfrage des Ausschussmitglieds Birte Duggen und stellv. Mitglied Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Arbeitnehmervertreter\*innen in den Aufsichtsräten  
Vorlage: VO/2019/07775**

Herr Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass handelnder Akteur bei der Besetzung von Aufsichtsräten die Bürgerschaft sei, welcher er nicht vorschreiben könne, wie die Plätze zu besetzen seien. Frau Duggen führt hierzu erklärend aus, dass Ziel der Anfrage sei, zu erfahren, in welchen Aufsichtsräten Arbeitnehmer:innenvertreter vorhanden seien. Herr Bürgermeister Lindenau teilt hierzu mit, dass dies in allen Aufsichtsräten der Fall sei, in denen es gesetzlich vorgeschrieben sei, es sei denn die Fraktionen haben den Arbeitnehmervertreter:innen Sitze überlassen. Die Erstellung einer entsprechenden Übersicht sichert Herr Bürgermeister Lindenau zu.

Auf weitere Nachfrage von Herr Fürter führt Herr Bürgermeister Lindenau aus, dass es den Fraktionen offen stehe, Sitze in den Aufsichtsräten unbesetzt zu lassen und damit dem Personalrat die Möglichkeit zu geben, den Aufsichtsrat zu besetzen. Regelungen hierzu seien dem PCGK zu entnehmen.

Herr Dr. Flasbarth weist darauf hin, dass es auch Aufsichtsräte gebe, die nicht von der Bürgerschaft besetzt werden.

Eine Nachfrage von Herrn Prieur betreffend Frage 1 der gestellten Anfrage beantwortet Frau Duggen dahingehend, dass mit dieser Frage nicht eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte gemeint sei, diese aber durchaus wünschenswert sei.

Durch Herrn Fürter erfolgt eine Ergänzung des Fragenkatalogs um folgende Frage:  
Kann durch einen Bürgerschaftsbeschluss entschieden werden, dass eine Arbeitnehmervertretung stattzufinden hat, obwohl diese gesetzlich nicht vorgesehen ist?

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Petereit, Herr Dr. Flasbarth und Herr Reinhardt.

Herr Bürgermeister Lindenau merkt an, dass die Definition von Arbeitnehmern offen sei. Weit

gefasst können darunter auch Gewerkschaftsvertreter, welche nicht direkt aus dem Personalrat entsandt werden, verstanden werden. Bei enger Auslegung seien hierunter lediglich Mitglieder des Personalrates zu verstehen.

***Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.5 NEU: mündl. Anfrage des AM Zunft (Die LINKE) betr. die Umsetzung des Bundessteilhabegesetzes (BTHG)**

Auf Nachfrage von Frau Zunft betreffend die Räumlichkeiten, welche für das zur Umsetzung des BTHG erforderliche Personal benötigt werden, teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass sich die Verwaltung derzeit im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten organisiere. Eine Barrierefreiheit der Räumlichkeiten könne nicht garantiert werden. Zudem sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar, ob die vollständige Umsetzung bis zum 01.01.2020 erfolgt sei.

***Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.6 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betr. die Nutzung der dienstl. eMail-Adressen**

Herr Prieur bittet um Darlegung der getroffenen Vereinbarungen betreffend die private Nutzung der dienstlichen eMail-Adressen.

Herr Bürgermeister Lindenau weist diesbezüglich auf die aktuell erlassene Geschäftsanweisung IT hin und sagt die zur Verfügung Stellung zu.

***Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.7 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. die Anschreiben an Vermietern von Ferienwohnungen**

Herr Rathcke bittet um Mitteilung, ob es eine Selektion bzw. Regelung gibt, welchen Vermietern von Ferienwohnungen die Anschreiben zur Unterlassung der Vermietung zuerst zugestellt werden. Der Fraktion sei mitgeteilt worden, dass es sich bei den bisher angeschriebenen Vermietern ausschließlich um Personen handle, welche nicht Mitglied in einem Verein seien.

Eine Beantwortung in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses wird zugesagt.

***Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.8 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDP) betr. die Besetzung der Unfallkommission**

Bezug nehmend auf einen Artikel in den Lübecker Nachrichten vom 04.06.2019 bittet Herr Rathcke um Mitteilung, wann und wie vorgesehen sei, die derzeit unbesetzten Stellen der Unfallkommission nachzubesetzen.

Eine Beantwortung in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses wird zugesagt.

***Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.9 NEU: mündl. Anfrage des stellv. AM Dr. Flasbarth (Bündnis 90/Die Grünen)  
betr. die Ausgaben für Radwege**

Herr Dr. Flasbarth nimmt Bezug auf die abgeschlossene Erneuerung des Radweges in der Roeckstraße und teilt hierzu mit, dass die für diese Maßnahme ursprünglich angesetzten Mittel nicht vollständig verbraucht worden seien. Er bittet um Mitteilung, welche Verwendung für die übrig gebliebenen Mittel vorgesehen sei.

Eine Beantwortung in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses wird zugesagt.

***Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.***

**zu 3.10 NEU: mündl. Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die ausgemusterte Sitzbänke aus Grünanlagen**

Herr Stolzenberg bittet um Mitteilung, was mit ausgemusterten Sitzbänken aus Grünanlagen geschehe. Er hinterfragt, ob diese zum Beispiel verschrottet, versteigert oder gemeinnützigen Vereinen zur Verfügung gestellt werden.

Eine Beantwortung in einer der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses wird zugesagt.

***Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.***

**zu 4 Berichte**

**zu 4.1 Aktueller Sachstand Umsetzung des PIH-Konzeptes auf der Nördlichen Wallhalbinsel  
Vorlage: VO/2019/07488**

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

**zu 5 Beschlussvorlagen**

**zu 5.1 Mobilitätskonzept Travemünde  
Vorlage: VO/2019/07291**

Dieser TOP wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

<b>zu 5.2 Erhaltungsstrategie Fahrbahnen und Radwege / Nebenflächen</b> <b>Vorlage: VO/2019/07656</b>
--

Herr Petereit teilt mit, dass in der Sitzung des Bauausschuss am 03.06.2019 folgender Ergänzungsantrag mehrheitlich beschlossen wurde:

„Bei gleicher Priorisierung sind Straßensanierungen und Unterhaltungen vorzugsweise bei Straßen mit ÖPNV-Nutzung durchzuführen bzw. bei Straßen, wo der Straßenraum zu Gunsten von Fußgängern und Radfahrern verändert werden soll.“

Herr Stolzenberg weist darauf hin, dass in der Sitzung des Bauausschusses noch ein weiterer Antrag zur Priorisierung von Fahrradstraßen zur Debatte stand und bittet hierzu ebenfalls um Verlesung des genauen Wortlautes.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass dieser Antrag abgelehnt worden sei und ihm deshalb nicht vorliege. Frau Senatorin Hagen liegt der Wortlaut ebenfalls nicht vor.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Böhm und Herr Prieur.

Eine von Herrn Prieur gestellte Nachfrage betreffend die Ausschreibung und Besetzung der Stelle für Radwegeplanungen beantwortet Frau Senatorin Hagen dahingehend, dass eine Besetzung der Stelle definitiv erfolgen werde.

Weiterhin teilt Frau Senatorin Hagen Bezug nehmend auf eine von Frau Zunft gestellte Nachfrage mit, dass eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei dieser Vorlage ausgeblieben sei, das es hierbei um eine konzeptionelle Überlegung für die Erhaltungsstrategie gehe, nicht um einzelne konkrete Maßnahmen.

Eine Nachfrage von Herrn Böhm beantwortet Frau Senatorin Hagen dahingehend, dass eine Berücksichtigung von Bürgersteigen bereits in der Vorlage unter dem Begriff der Nebenflächen erfolgt sei. Über eine begrifflich eindeutiger Beschreibung könne durchaus nachgedacht werden. Sofern sich für die Erhaltungsstrategie entschieden werde, so werde diese mit einem Budget hinterlegt und auf Grundlage dieses Budget ein Bauprogramm erarbeitet, welches dann gesondert vorgestellt werden würde.

Herr Fürter hinterfragt, ob es Maßnahmen gibt, bei welchen Fuß- und Radwege zu Lasten von Straßenflächen verbreitert werden.

Frau Senatorin Hagen nennt die Ausbaumaßnahme in der Moislinger Allee als Beispiel. Weiterhin merkt Herr Fürter an, dass eine Überlegung der Budgeterhöhung für den Ausbau von Radwegen vor dem Hintergrund der zukünftigen Nutzung der Radwege auch für eScooter erforderlich sei.

Durch Herrn Dr. Flasbarth betreffend die Vorlage gestellte Nachfragen werden durch Frau Senatorin Hagen wie folgt beantwortet:

Die im Haushalt ab dem Jahr 2020 veranschlagten Mittel betragen 2 Millionen für Radwege plus die Maßnahmen, welche als gesonderte Maßnahmen im Haushalt sind.

Es ist nicht zutreffend, dass Um-, Aus und Neubaumaßnahmen von Radwegen erst vorgenommen werden können, wenn ein Überblick über das Sanierungsprogramm vorliegt.

Die in der Vorlage dargestellten preislichen Unterschiede zwischen den drei verschiedenen Sanierungsmaßnahmen beruhen auf Erfahrungswerte. Die durch Frau Senatorin Hagen getätigte Aussage wird durch Herrn Drever bestätigt. Herr Drever erläutert hierzu ergänzend die Unterschiede der einzelnen Maßnahmen.

Es sei vorgesehen, für den Haushalt der nächsten fünf Jahre jeweils jährlich einen Betrag in Höhe von fünf Millionen Euro für das Hauptstraßennetz, sowie weitere fünf Millionen Euro für

das Nebenstraßennetz einzustellen. Es werde davon ausgegangen, dass mit Hilfe dieser Beträge dem weiteren Verfall des Straßennetzes entgegengewirkt und eine Verbesserung erreicht werden könne.

**Beschluss:**

Die Erhaltungsstrategie für Fahrbahnen, Radwege und Nebenflächen wird gemäß Anlage 1 umgesetzt. Die erforderlichen Finanzmittel sind ab dem Haushaltsjahr 2021 haushaltsmäßig zu ordnen.

**Bei gleicher Priorisierung sind Straßensanierungen und Unterhaltungen vorzugsweise bei Straßen mit ÖPNV-Nutzung durchzuführen bzw. bei Straßen, wo der Straßenraum zu Gunsten von Fußgängern und Radfahrern verändert werden soll.**

*Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit Mehrheit (3 Gegenstimmen), gemäß dem geänderten Beschlussvorschlag in der Fassung des Bauausschusses zu entscheiden.*

**zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft**

Es liegt nichts vor.

**zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern**

Es liegt nichts vor.

**zu 8 Gleichstellung**

Es liegt nichts vor.

**zu 9 Verschiedenes**

**zu 9.1 NEU: Antwort auf Anfrage des AM Stolzenberg betr. das Gebäude Fabrikstraße 13**

Die durch Herrn Stolzenberg in der Sitzung des Hauptausschusses am 21.05.2019 unter TOP 3.6 gestellte mündliche Anfrage betreffend des Gebäudes in der Fabrikstraße 13 beantwortet Herr Senator Hinsin dahingehend, dass dieses Gebäude unter Denkmalschutz stand. Herr Stolzenberg äußert Bedauern darüber, dass im Vorwege hierüber kein Ausschuss in Kenntnis gesetzt wurde.

***Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.***

**zu 9.2 NEU: mündl. Mitteilung Sen. Hagen betr. Bauprojekt Ausbau Kantstraße**

Frau Senatorin Hagen verkündet, dass der Ausbau der Kantstraße fertiggestellt sei. Die feierliche Eröffnung ist für den 12.06.2019, 14 Uhr geplant.

***Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.***

**zu 10 Ende des öffentlichen Teils**

Der Vorsitzende schließt um 17:15 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und die nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 17:17 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

**zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse**

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden sind.

***Der Hauptausschuss  
nimmt Kenntnis.***

Lübeck, den 17. Juni 2019

Peter Petereit  
Vorsitzende/r

Nadine Markmann  
Protokollführung